

größen:
 ch Wurster
 a Wurster
 . Graumnitz
 old, Febr. 1921

Blata-Mais
 Nr. 185.—
smehl
 Nr. 195.—
 solange Bortat
 926
 Mehlhandlung, Nagold.
 sofort eingeleitet
terinnen
Lehrmädchen
 auf Wörten.
 Wärfenfabrik Theurex,
 old, Weisberg.

tensteig.
 le große Auswahl
mandenhüte
 lligsten Preisen.
 von Hüten u. Farben sowie
 von Mützen u. Umarbeiten
 schnellstens ausgeführt.
 id, Hof- u. Mützensgeschäft
 Marktplatz.

ter-Gesuch.
 ge süddeutsche Tabakma-
 für die Bezirke Nagold,
 renberg einen tüchtigen
 n Mann als
evertreter.
 nur Leute melden, die in der Gegend
 I einen dauernden Posten reflektieren.
 Nr. 872 an die Geschäftsstelle.

en Sie

 bestes
ifenpulver
 Preis Mk. 2.25 das Paket.
 Alleine Fabrikanten:
 Henkel & Cie., Düsseldorf.

nder für 1921
 fter, Buchhandlung, Nagold.

Erhebt an jedem Werk-
 tag. Befreiungen nehmen
 sämtliche Postämter
 und Postboten entgegen.
 Der Preis beträgt hier
 mit Teilerlösen M. 12.—,
 auswärts 12.45
 einschließlich der Postgebühren.
 Monatlich nach Verschütts.
 Anzeigen-Gebühr für die
 einpaltige Zeile aus ge-
 wöhnlicher Schrift oder
 deren Raum bei einmaliger
 Einrückung 50 Pfg.,
 bei mehrmaliger Rückruf
 nach Tarif. Bei gerichtl.
 Behandlung u. Anzeigen
 in der Rubrik besond.

Der Gefellschaster

Amis- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Nr. 44

Mittwoch den 23. Februar 1921

95. Jahrgang

Protest durch die Tat.

Von Prof. Dr. Rabi, M. d. R.

Drei Dinge brauchen wir jetzt in unserer großen Not: Besonnenheit, feste Entschlossenheit und Geduld. Je mehr Besonnenheit! Es wäre wahrlich kein Wunder, wenn unter dem Schicksalsschleier unserer Not zusammenbrechen würden. Eine solche Steigerung von Unmut wurde noch keinem Volk zugemutet. Glauben wir einmal auf der Höhe unserer Not zu sein, immer steigen die Wellen noch höher. Aber trotzdem können wir jetzt die Ruhe, die Würde und Besonnenheit nicht verlieren. Wohl kramen sich unsere Hände und waden sich unsere Füße. Aber doch wäre es Wahnwitz, sich jetzt in Panik und Bewußtlosigkeit verlieren zu lassen. In unserer Lage ist höchste stützende Pflicht, ruhig den Dingen so in das Auge zu sehen, wie sie sind. Wer sein Vaterland und sein deutsches Volk lieb hat, wer auch nur ein wenig Augenmaß für die politischen Dinge hat, macht jetzt unseren Feinden nicht auch noch die Schandenstraße, daß wir Ruhe und Not verlieren. Daher darf jetzt auch nichts geschehen, was unserer eigenen Regierung den Feinden gegenüber Schwächen machen könnte. Man darf nicht die Annahme der Einlösung nach London jetzt schon als einen Einlasspunkt brandmarken wollen. Der Reichstag war einzig dazwischen, daß die wahnwitzigen Vorschläge von Paris kein Diktat sein dürfen und daß unsere Gegenmaßnahmen als gleichberechtigt zur Verhandlung kommen müssen. Unter dieser Voraussetzung ist es nicht nur möglich, in London zu verhandeln, sondern solche Verhandlung ist überhaupt das einzige Mittel, die schreckliche Lage zu klären und zum Besseren zu wenden. Nicht vergeblich Hilfe wollen wir unsere Vertreter, die nach London gehen, nachsehen, sondern unsere treuesten Wünsche und unsere bestimmtesten Erwartungen.

Die erste dieser Erwartungen ist die Forderung entschlossener Tat. Alles was bis jetzt in dieser Sache geschehen ist, was im Reichstag verhandelt, was in tausend Protestversammlungen besprochen wurde — das alles hat noch keine Tat. Wir Deutsche sind zu leicht in Gefahr, den Protest schon für die Tat zu halten. Wären Proteste Taten, dann hätten wir nicht einen schwächlichen Waffenstillstand erhalten, dann hätten wir überhaupt keinen Frieden von Versailles. Jetzt aber, für London fordern wir sie, diese entschlossene Tat. Wären die Feinde an ihrem „Propositivum“ festhalten, dann ist die Stunde gekommen für unser Nein und abermals Nein, das in unserem Volk ein 60 Millionenstimmiges Echo finden soll. Können nicht annehmen, was auch der redlichste Wille nicht erfüllen kann, nicht, was unser Volk zum Weiter machen muß, nicht, was alle Grundlagen unseres Wirtschaftslebens zerstören muß, nicht, was uns die Mittel raubt, ferner noch als Kulturvolk zu bestehen, nicht, was uns und unsere noch Angehörigen auf 42 Jahre zum Fremden für eine hochentwickelte Welt von Japan und Amerika zwingt, nicht, was den Rechtsbruch des Schandfriedens von Versailles noch um nichts überbietet. Für lächerlich ist verächtliche und verächtliche Vernachlässigung gegen Deutschland ist man mit demalder Offendeten zum Ausdruck gekommen. Dieser Vernachlässigung wollen wir uns nicht unterwerfen. In dem Leben des deutschen Volkes, seine Lebensbejahung entgegen. Wir wollen leben, wir wollen als Deutsche, wir wollen in Ehre und Freiheit leben. Wir glauben auch jetzt noch an den Zukunftserfolg des deutschen Volkes. Bestehen also unsere Feinde in London auf ihrem Schein, wollen sie nur in Kleinigkeiten und Abstraktionen nachsehen, dann gibt es auf unserer Seite kein Weiter mehr, dann müssen unsere Vertreter von London abtreten. Dann muß der Reichstag sein Nein sprechen und wenn es sein muß, zur Schließung das ganze deutsche Volk. Komme was da wolle!

Es frast sich immer noch, ob unsere Gegner dann ihre vertagelichen „Sanktionen“ an uns vollziehen werden. Tun sie es, dann brauchen wir den Selbstmord. Dann müssen wir auch aushalten und durchhalten und dürfen auch dann nicht verzweifeln. Der cherns Wille eines um seine höchsten Güter, für seine Kinder und Enkel zum Widerstand entschlossenen Volkes trägt auch ohne Waffen und Schwerter in sich selbst eine siegreiche Kraft. Dann gibt es, daß wir unsere Feinde und griffenen Waffen hervorholen. Wir werden auch dann nicht weichen. Auf äußere Hilfe legen wir nicht viel Vertrauen. Ich erwarte sie nicht von Amerika und nicht von den Neutralen. Mein Vertrauen beruht darauf, daß Kraft innerer Notwendigkeit das verbrecherische System unserer Feinde zusammenbrechen muß. Es muß zusammenbrechen, wenn ein Sonnenstrahl der Wahrheit endlich in das Dunkel der Lüge einstrahlen kann. Daher muß unser Kampf sich vor allem gegen eine Wendung: Gegen die unerbittliche Lüge der Weltgeschichte, gegen die Lüge von der alleinigen Schuld Deutschlands am Krieg. Hier liegt die Quelle aller unserer Leiden. Wir sind nicht dessen schuldig, was der Feind uns vorkommt. Unsere Hauptschuld besteht darin, daß wir unser eigenes Schuldgebühren unerschrieben haben. In dieser Hinsicht liegt der Grund des Friedensvertrages von Versailles. In dieser Hinsicht liegt der Grund für die Verweigerung der jetzt gestellten unerschriebenen und unerfüllbaren Forderungen. Auf dieser Lüge und auf der Verpfehlung unserer Unerschriebenen beruht die bewußte solche Verachtung unserer Feinde über das, was wir angeblich gut zu machen

hätten. Keine Stunde länger dürfte jetzt der Beweis für die feindliche Schuld zurückgezogen werden. Dieser Beweis liegt fast schon vor. Sobald es möglich wäre ein Bund zur Bekämpfung der Lüge von der alleinigen Schuld Deutschlands gegründet werden. Mit dem Sieg der Wahrheit, mit dem Zusammenbruch des lächerlichen Systems unserer Feinde wird auch die Morgenröte der deutschen Freiheit anbrechen. Im Kampfe für diese Wahrheit und für diesen Sieg fordern wir die Einheitsfront aller guten Deutschen ohne jede Rücksicht auf die Partei. Wollen uns die Feinde noch mehr in Fesseln schlagen, dann sei alles andere zurückgestellt, dann wollen wir Hand in Hand in geschlossener Reihe durchhalten. Hartnäckig, tapfer und treu in unerschütterlichem Glauben an die deutsche Zukunft. Ernst Reichardt soll uns nicht am lautst. gepredigt haben: „Tue Recht und Mache Recht.“

Tages-Neuigkeiten.

Die Münchner Ernährungskonferenz.

München, 22. Feb. Die bayerische Regierung wird jedenfalls sich mit allem Gewicht gegen eine Erhöhung des Getreidepreises einsetzen. Sollte die Erhöhung aber unvermeidlich sein, wird sie dafür eintreten, daß die Steigerung so gering als möglich wird. Für Aufhebung der Zwangsverkaufsverpflichtung wird die bayer. Regierung zur Zeit noch nicht stimmen, dagegen ihr Streben auf Erhöhung der Rationen richten. Bei einer mehrseitigen Vorgesprächung zwischen den süddeutschen Ländern und Sachsen ist in den wesentlichen Grundfragen Übereinstimmung erzielt worden.

Von der bayerischen Königspartei.

München, 22. Feb. Die Landesversammlung der bayer. Arbeiterpartei war aus allen Landteilen mit etwa 60 Vertretern besetzt. Am Sonntag wurde die Parteivorversammlung gehalten. Der Hauptpunkt war die Beratung des vom Großen Volksrat entworfenen Programms. Volkswirt vertrat seinen Entwurf persönlich. Er bedauert die Wendung von einem Bund aus Abstreifen zu einer politischen Partei, die allerdings auf Arbeit im Parlament beruht verachtet. Die Hauptpunkte sind: Abschaffung der Weimarer Verfassung, Wiederherstellung der Staatshoheit Bayerns, wie sie vor 1871 bestand, und Zusammenfassung der souveränen deutschen Länder zu einem neuen großen deutschen Staatsgebilde auf Grund von Staatsverträgen entsprechend dem Verfallener Verträge von 1871. Graf Bohmer erklärte wiederholt, nicht Anerkennung, sondern im Gegenteil ein neues deutsches Reich etwa im Geiste des Weimarer Schiedsplatzes angestrebt. In der Ausdrucksweise wurden Bedenken in der Richtung laut, daß die geplante Politisierung der Partei ihren ursprünglichen Hauptzweck und ihre Entwicklung ungünstig beeinflussen könne. Schließlich wurde das Programm im Grundriss angenommen, dagegen keine Einzelheiten einem Arbeitsausschuß zu eingehender Beratung überwiesen. Ein weiterer Gegenstand der Tagesordnung war das Verhältnis der bayerischen Arbeiterpartei zu den Einwohnervereinen. Von einer im Ausschuss einstimmig angenommenen Entschließung, die die Verhaftung der Einwohnervereine forderte und die Anwesenheitsleistungen und Schritte des ersten Parteivorstandes gegenüber der Landesleitung der Einwohnervereine für eine rein persönliche Angelegenheit erklärte, wurde der erste Teil abgelehnt.

Sachsen und die Pariser Beschlüsse.

Dresden, 22. Feb. Die feindlichen Forderungen machen sich bereits in ihren ersten Wirkungen geltend. Nach dem letzten erschienenen Bericht des sächsischen Landesamtes für Arbeitsvermittlung wirkt die drohende Verknappung des Wirtschaftens durch die Forderungen der Entente lähmend auf den Wirtschaften in allen Industriezweigen Sachsens. Bei der Unsicherheit der Lage vermindern sich die Auslandsaufträge, auf die Sachsen ganz besonders angewiesen ist. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich im Januar gegenüber dem Dezember um ungefähr 10.000 vermehrt.

„Erne leiden, ohne zu klagen.“

Arzmann, 22. Feb. Der hier wohnhafte Wächter einer Waldhütte in Hainbach hatte bei der französischen Besatzungsbühde zur Anzeige gebracht, daß mehrere französische Offiziere in seinem Jagdgebiet gemildert und ein Scheibenschützen mit Jagdgeschwindigkeit im freien Walde abgehalten hätten. Die zur Weichenhohle gezogenen Offiziere bestritten die Anklage und stellten gegen den Jagdpächter Schadloshaltung wegen verunmündeter Beleidigung. Das Militärpolizeigericht erkannte auf 3000 M. Geldstrafe — gegen den Jagdpächter.

Eine merkwürdige Einladung.

Frankfurt a. M., 22. Feb. Die merkwürdige Einladung der Franzosen zu einer Rundreise in die feindlichen Gebiete Frankreichs ist auch an Beamte und bevorzugte Persönlichkeiten der hiesigen Stadt Hirsch a. M. ergangen. Es hat sich aber kein einziger der Eingeladenen für eine solche Rundreise gemeldet.

Die Höhe ihrer Schulden.

Paris, 22. Feb. Der Sonderbevollmächtigte des „Matin“ meldet aus London die Berichte, die die einzelnen Staaten der Entschädigungskommission als die Höhe ihrer Schulden angegeben haben. Frankreich verlangt, wie bereits berichtet,

218 542 000 000 Papierfranken, England 2 541 502 534 Pf. Sterling, sowie 7 587 832 086 Franken. Italien 33 Milliarden Lire, 37 Milliarden Franken und 128 Millionen Pfund, Polen 23 Milliarden Goldfranken, Rumänien 31 Milliarden Goldfranken; Brasilien 1440; seine maximalen Schäden auf 1 180 000 000 Pfund Sterling, Belgien bringt eine Forderung von 34 Milliarden belgischen Franken u. 2 1/2 Milliarden belgischer Franken. Für die Familien verlangt England im ganzen ungefähr 8 Milliarden Goldmark. Außerdem werden die Rechnungen von Portugal, der Tschechoslowakei, Japan und Rumänien, die noch nachkommen, auf etwa 5 Milliarden Goldfranken veranschlagt. Der „Matin“ schreibt, daß die ganze Abschätzung einen ziemlich bescheiden Eindruck macht.

Die Beratung der deutschen Gegenentwürfe.

Berlin, 22. Feb. Der Sachverständigenausschuß für die Ausarbeitung der deutschen Gegenentwürfe ist unter dem Vorsitz des Abg. Köhner im Reichstag heute neuerlich zusammengetreten. Als neues Mitglied des Ausschusses ist auch der frühere Reichswirtschaftsminister Wölffel an den Beratungen beteiligt. Das Reichskabinett, das am Nachmittag zusammentritt, wird sich auch mit den Fragen der Londoner Konferenz und der deutschen Gegenentwürfe befassen.

Storgas Optimalismus.

London, 22. Feb. In einer Unterredung mit einem Berichterstatter des österreichischen Bureau erklärte Graf Storgas in der Reparationsfrage sei er nicht pessimistisch, da in der Politik mit Pessimismus nichts erreicht werden könne, außerdem, weil er ganz sicher sei, daß jedermann wisse, daß wenn nicht irgend ein gangbarer Ausweg zu einer glücklichen Lösung dieser Schwierigkeiten gefunden werde, man einem Sprengungspunkt entgegengehe. Eine solche Möglichkeit würde für alle Beteiligten, einschließlich Deutschland, ein furchtbar schmerzhaftes Schicksal sein. Ueber die türkisch-griechische Konferenz sagte Graf Storgas, er könne bezüglich des Friedens im Orient nicht pessimistisch sein, da sowohl das griechische, wie das türkische Volk sich nach Frieden sehnen. Er sei bereits im vorigen Jahr in Douaumont dafür eingetreten, daß die Regierung von Angora angeht werde.

Brind in London.

London, 22. Feb. Der französische Ministerpräsident Brind ist in London eingetroffen. Der Londoner Korrespondent des „West Journal“ meldet, daß Brind vor der Ankunft der deutschen Delegation, die auf den 1. März festgelegt ist, auf 2 Tage nach Paris zurückfahren werde. Derselbe Korrespondent meldet, daß man annehme, daß die Konferenz sich bis 6 oder 8 März verlängern wird.

Der Völkerbundsrat.

Paris, 22. Feb. Gestern vormittag ist der Völkerbundsrat unter dem Vorsitz des brasilianischen Ständigen Beobachters zu einer Sitzung zusammengetreten. Vertreter sind England durch Balfour, Frankreich durch Leon Bourgeois, Belgien durch Fayssant, Spanien durch den Pariserer Außenminister de Leon, Japan durch den Vizekonsul Baron Hibi, China durch den Konsul Luo, Italien durch den Narkis Juppelatt und Brasilien durch de Gounha.

Gleichzeitige oberösterreichische Abstimmung am 20. März.

London, 22. Feb. Die Londoner Konferenz hat beschlossen, daß die oberösterreichischen Landesbewohner und die ausserösterreichischen Abstammungsberechtigten zu gleicher Zeit abstimmen. Paris, 22. Feb. Der „Temps“ vom 21. Feb. meldet: Der Oberste Rat in London hat entschieden, daß die oberösterreichische Volksabstimmung gemeinsam am 20. März stattfinden soll. Es werden 4 englische Kommissare nach Oberösterreich geschickt werden.

Fortwährende Krise in der lothringischen Industrie.

Metz, 22. Feb. Die Krise in der lothringischen Industrie verschärft sich immer mehr. Nachdem schon zu Beginn des Jahres Feierlichkeiten einzellicher Werke mangelten, sind jetzt verhältnismäßig große Arbeiterentlassungen erfolgt. So wurde auf dem Stahlwerk Dagenbunden insgesamt 600 Arbeitern und 150 Beamten wegen Betriebsstilllegung gekündigt. Der Rückgang der Rohelzverwertung hat ein Wachsen der Eisenwerkstoffe auf den Werken hervorgerufen, für welche jetzt unter allen Umständen Abgabepflichten gesetzt wird. Dabei ist die Ausnahmefähigkeit der einheimischen Hüttenwerke ganz gering. Man hofft auf eine verstärkte Ausfuhr nach Belgien, doch diese Hoffnung ist nur eine schwache, da sich die belgische Hochindustrie in der gleichen Lage wie die lothringisch-hanoversche Industrie befindet. Von den 65 Hütten der lothringischen Hüttenwerke sind nur noch 26 im Betrieb. Ferner wird die fast gänzliche Einstellung der Arbeit in den Portlandzementwerken gemeldet.

Aufhebung englischer Ministerien.

London, 22. Feb. Im Unterhaus teilte Lord George mit, daß das Versorgungsministerium, das Munition- und Handelsministerium vor Ende des Jahres aufgehoben werden sollen.

Die Hauptaufgabe des Sowjetstaates.

Moskau, 22. Feb. Krasin erklärte, die Hauptaufgabe des Sowjetstaates sei jetzt, soviel wie möglich Rechte an

Vertriebene Zeitung im
 Oberamtsbezirk. — In-
 setzten sind daher von
 diesem Erfolg.

Sie sind, welche mit er-
 reichte Gewinne. Letzteres
 ist auch keine Gewinne. Es
 übernahmen, das einzige
 aber in diesem in diesem
 Kämpfen aber an der ge-
 wöhnlichen Weise erfolgen.
 In Höhe von 1000000 M.
 auch welche im Verlauf der
 Unterredung der Zeitung aber
 nachfolgend 2. Hauptartikel.

Telegraphische Adresse:
 Gefellschaster Nagold
 Postfachnummer:
 Stuttgart 5113.

